

Zur Sozialgeschichte der lokalen Ebene der Sozialdemokratie.
Georg Eckert: *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz*. 1. Teil (1878–1884). Braunschweig 1961.

Georg Eckert liefert schon seit einigen Jahren Beiträge zu dem, was er »Sozial- und Ideengeschichte der unteren, lokalen Ebene der sozialistischen Bewegung« nennt (S. 9). So hat er Dokumente zur Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung und zur Geschichte der lassalleanischen Gemeinde in Braunschweig veröffentlicht und erläutert. Mit der Veröffentlichung des ersten Teils seines Werkes über »die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz« hat er den Rahmen seiner Forschung nun erheblich erweitert. In dem 350 Seiten starken Band hat er nicht nur einen quellenmäßig ausgezeichnet belegten Bericht über die Braunschweiger Sozialdemokratie bis zum Jahre 1885 geliefert, sondern in einem 170 Seiten umfassenden Anhang (»Die Braunschweiger Arbeiterbewegung im Spiegel der Polizei- und Verwaltungsakten – 1878–1890«) eine wahre Fundgrube bisher ganz unzugänglichen Materials erschlossen.

Für Eckert, der schon so viel Liebe auf die große Persönlichkeit von Wilhelm Bracke verwendet hat, handelt es sich zunächst darum, dem »Mut und Idealismus« nachzugehen, mit dem die »Braunschweiger Arbeiter das geistige und moralische Erbe Wilhelm Brackes gewahrt und verteidigt haben«, denn im Rahmen einer spezifischen Arbeiterbewegung spielt die Braunschweiger Sozialdemokratie »nur eine geringe, von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtete Rolle« und sind ihre Kämpfe nicht denen der großen »sozialistischen Bastionen« zur Seite zu stellen. Auch hat die Braunschweiger Bewegung nach Brackes Tod keine Führerpersönlichkeit mehr gestellt, die sich mit Bracke messen könne oder »auf den großen geistigen Klärungs- und Umformungsprozeß in der Sozialdemokratie der achtziger Jahre gestaltend Einfluß« nehmen konnte (S. 9).

So kann leicht der Eindruck entstehen, als passe die neue Arbeit von Eckert eigentlich nur in den Rahmen einer Lokalgeschichte. Allerdings ist die Arbeit für solchen Zweck wegen des reichhaltigen und geschmackvollen Bildmaterials und der schönen Ausstattung durchaus geeignet, und innerhalb der Reihe »Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte« wird sie sicher den ihr gebührenden Platz einnehmen. Und doch kann man dem nur zustimmen, wenn man bereit ist, den Begriff von »Lokalgeschichte« ganz anders aufzufassen als üblich.

Die klassische Sozialdemokratie besaß eine recht entwickelte lokale Geschichtsschreibung, teils in Form von kleineren Monographien, wie die von Gärtner über Nürnberg, teils anspruchsvollerer Art, wie die von Laufenberg über Hamburg oder die von Eduard Bernstein über Berlin. Zum mindesten waren in diesen Arbeiten wichtige persönliche Erinnerungen, intime Verhältnisse und Lokalkolorit aufbewahrt; in den großen Werken war auch wichtiges Aktenmaterial verarbeitet, das heute gar zu oft verschollen ist.

Doch haften dieser Art von Darstellung leicht arge Mängel an. In den großen und kleinen Monographien hat die Bewegung sich und ihren Werdegang gefeiert, ihre Errungenschaften hervorgehoben und den geschichtsnotwendigen Weg »von der Sekte zur Partei« gezeichnet. Von wahrer, kritischer Geschichtsschreibung war das alles doch weit entfernt: die unterlegenen Meinungen und deren Vertreter *mußten* unterliegen, weil sie irgendwie »rückständig« waren; Entwicklungsansätze, die nicht verfolgt wurden, waren Zeichen der Schwäche oder Irrwege. Richtig war immer das, was die Partei zum heutigen Tag geführt hat, sei der »Tag«, das Jahr der Aufhebung des Sozialistengesetzes oder das 50jährige Bestehen der Arbeiterbewegung, wie es 1903 in Leipzig gefeiert wurde. Die persönlichen Erinnerungen der alten Kämpen und die intime Verbindung mit den Lokalverhältnissen haben aber, wie sich bei genauerem Zusehen herausstellt, oft zu Fehlleistungen und Fehltritten geführt, wie das z. B. bei dem alten Vahlteich ganz klar nachzuweisen ist.

Zwar bedauert Eckert, daß sein Buch sich nicht mehr auf mündliche Tradition stützen könne, und in gewisser Hinsicht kann man ihm beipflichten; aber das Quellenmaterial, das erst heute der Forschung zugänglich gemacht werden kann, weil es amtlichen Archiven entnommen ist, macht den Schaden mehr als wett. Wir möchten beinahe fragen, ob für unsere heutigen Bedürfnisse diese unpersonliche Darstellung nicht geradezu ein Vorteil ist.

Es geht heute nicht mehr darum, den geradlinigen Weg einer spezifischen Arbeiterbewegung aufzuzeichnen; der *soziale* Emanzipationskampf der Arbeiterschaft ist uns heute selbstverständlich. Die elementare Wucht der Klassenbewegung, die mit der Industrialisierung Deutschlands und dem Aufstieg seiner wirtschaftlichen Machtstellung in den achtziger Jahren Hand in Hand ging, ist wohlverstanden und wohlerforscht. Die Ergebnisse dieser Kämpfe haben sich in ehren Zügen in das moderne Gesellschaftsbild eingeprägt. Problematisch bleibt für uns wie für die Forschung der *politische* Gesellschaftskampf gegen Ende des Jahrhunderts: hier haben wir es nicht mit einer aufsteigenden Bewegung, wie beim sozialen Klassenkampf, zu tun, sondern mit einer krisenhaften Entwicklung, die alle paar Jahrzehnte die deutsche Gesellschaft erschütterte.

Es geht uns heute um die *politischen* Gesellschaftskämpfe, und diese müssen nicht nur in ihren Oberschichten, in Reichstagsdebatten, Wahlreden und Leitartikeln verfolgt werden, sondern besonders in der »lokalen Ebene«, so daß sie *soziologisch* nicht weniger als *ideologisch* erfaßt werden können. Wenn »Braunschweig von dramatischen, die Phantasie der Zeitgenossen erregenden Geschehen verschont« blieb, so kann es sein, daß gerade darum Braunschweig für die Konstruktion eines »Modells« der politischen Entwicklung Deutschlands besonders geeignet ist.

Wir möchten gern wissen, wie die junge Arbeiterbewegung Politik auffaßte, wie sie sich zu anderen Gesellschaftsschichten verhielt; was sie sich zutraute und was sie erhoffte. Wir möchten verstehen, wie das Bürgertum auf das Sozialisten-

gesetz reagierte; wie weit es dessen Sinn verstand; wie 12 unerwartete Jahre seines Bestehens auf die politische Erkenntnis des Bürgertums eingewirkt haben. So ist es unendlich wichtig zu sehen, wie eine außerpreußische Bürokratie eine den Berliner Verhältnissen entsprungene Politik aufnahm; wie weit sie bereit war, zu kooperieren; wie weit ihr Selbstvertrauen durch das Anwachsen der sozialistischen Bewegung unter dem Ausnahmegesetz erschüttert wurde.

Die Möglichkeit, heute archivalisches Material zu bearbeiten, von dem man kaum hoffen konnte, daß es einmal der Öffentlichkeit zugänglich sein werde, hat schon verschiedene Arbeiten angeregt, aber nicht immer in Richtung objektiver Forschung. So ist es leicht, bei unkritischer Benutzung von amtlichen Darstellungen und Spitzelberichten eine revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung zu schaffen, der die Wirklichkeit keinen Anhalt bietet: diese amtlichen Quellen brauchten ein »Gespenst des Kommunismus«, um die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes zu begründen. Was wir brauchen, ist ein möglichst abgerundetes Bild, das sich auf Polizei- und Verwaltungsakten und lokalem Material (wie Flugblätter, Handzettel, Aufrufe etc.) aufbaut, zusammen mit dem längst zugänglichen Parteimaterial, wie Zeitungsnachrichten, Rundschreiben und Korrespondenzen.

In Eckerts Werk haben wir alles, was zur Schaffung eines »Modells« der politischen Bühne der achtziger Jahre nötig ist, wobei natürlich nicht vergessen werden darf, daß wir nie von nur *einem* Modell abhängen dürfen.

Wenn wir zunächst den sozialistischen Aspekt unseres Braunschweiger Modells betrachten, so fällt uns die soziale Strukturwandlung im Laufe der zwanzig Jahre in die Augen. Brackes »demokratischer Wahlverein« ist nicht nur Ausdruck eines Willens, die sozialdemokratische Agitation in weitere Kreise zu tragen, sondern er entspricht auch der Zusammensetzung der Bevölkerungsschichten, die solcher Agitation zugänglich waren. Die Mitglieder der Partei waren Handwerker und Kleinbürger; die Fabrikarbeiter spielten noch eine untergeordnete Rolle. In den Polizeiberichten am Vorabend des Sozialistengesetzes wird die Anfälligkeit von kleinen Beamten, Lehrern, kleinen Kaufleuten und selbst kleinen Bodenbesitzern hervorgehoben (S. 182–188). Der »demokratische Wahlverein« erscheint als Sammelpunkt aller Proteststimmen; aller aus politischen wie sozialen Gründen Unzufriedenen (S. 210–211). Dazu kommen all die, denen das Andenken der Märzdemokratie noch heilig ist (S. 33–34; 37–38). Die Spannung zwischen Liberalismus und Demokratie, wie sie Lassalle zum Brennpunkt seiner Aktion machen wollte, findet hier ihren passenden Ausdruck, nachdem die liberale Bewegung immer eindeutiger nach rechts abgeschwenkt ist. Wir haben hier ein Nachspiel des Prozesses, der einen Johannes Jacoby in das sozialistische Lager geführt hat und auf Wilhelm Liebknechts politische Taktik bis zum Bruch mit Frese und der »Volkspartei« entscheidend eingewirkt hat. So ist denn auch das Wirken des Jacoby-Jüngers Samuel Kokosky in der Braunschweiger Bewegung erklärlich. Er paßte ganz zu Bracke und dem politischen Klima

des »demokratischen Wahlvereins«; viel mehr als zu der sich entwickelnden spezifischen Arbeiterpartei.

Es ist als sicher anzunehmen, daß ein gut Teil der Stimmen, die bei den Reichstagswahlen des Jahres 1878 im ganzen Reich für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, solche demokratischen und sozialen Proteststimmen waren, daß die Stimmung eines »demokratischen Wahlvereins« in vielen Orten vorherrschte, vielleicht sogar die Mehrzahl der Stimmen ausmachte.

Wir finden in Braunschweig nach 1885 ein Abgehen von dieser Tradition. Das »Unterhaltungsblatt«, das in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Verbindung aufrechterhielt, wurde immer mehr durch von auswärts eingeführte parteioffizielle Zeitungen abgelöst. An Stelle der lockeren, durch persönlichen Kontakt aufrechtgehaltenen Verbindungen treten Geheimzellen und dann in immer größerem Maßstabe die Gewerkvereine (S. 272–275; 285–291). Die Ausgewiesenen – aus Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt u. a. – nehmen das Heft in die Hand (S. 316–320). Die Selbstsicherheit der Bewegung nimmt zu in dem Grade, wie sich die Bürokratie immer mehr in das Unvermeidliche fügt. Jetzt erst entstand die klassische Sozialdemokratie als wahre Arbeiterpartei.

Wenn das Braunschweiger Modell für viele Orte gilt, so stellt sich sofort eine Frage von hoher Wichtigkeit: mit dem Fall des Sozialistengesetzes entpuppt sich die reife Sozialdemokratie als spezifische Arbeiterpartei; noch vor Ende des Kaiserreiches aber wird ihr reiner Klassencharakter schon angezweifelt: ihre großen Wahlerfolge werden teilweise wieder Proteststimmen des Bürgertums zugeschrieben; selbst in der Parteimitgliedschaft will man schon einen Strukturwandel erkennen. Wie lange ist also die Sozialdemokratie als spezifische Arbeiterpartei anzusehen?

Die Panikstimmung, die nach den Hödel- und Nobiling-Attentaten die Bürger ergriff, hat Eckert uns in Darstellung und Dokumentation ausgezeichnet vor Augen geführt: aus den Liberalen wurden »Ordnungsparteien«! Kommune und Nihilisten wurden zu Schreckgespenstern. Jede klare Urteilskraft schien das Bürgertum verlassen zu haben. Es ist schier unbegreiflich, wie auf Grund so vollkommen fadenscheiniger »Beweise« eine solche Panik sich überhaupt inszenieren ließ, wo man doch noch die Erfahrungen mit dem Kulturkampf in frischer Erinnerung hatte und Bismarcks Beweggründe so ganz durchsichtig waren.

Es waren dies die Jahre, in denen ein »Primat der Innenpolitik« wohl möglich war, in denen endlich das nachgeholt werden konnte, was in den Jahren der Einigung angeblich vertagt werden mußte; jetzt war aber der politische Sinn des Bürgertums stark abgestumpft. Man nahm den nichtsouveränen Reichstag als Parlament hin und das unreformierte Preußen als unveränderliche Gegebenheit. Die ganze Ideenwelt des Vor-Sedan schien versunken, als seien schon Dezennien verflossen.

Die »vereinigten Braunschweigischen Arbeitnehmer« erließen einen Aufruf an ihre Beamten und Arbeiter, der ganz vom preußischen Handelsminister Maybach inspiriert war. Jedes Gefühl dafür, daß man in Braunschweig einer preußischen Politik etwa kritisch gegenüberstehen könne, hat das Welfenland verlassen. In leichtsinniger Hast traf man Maßnahmen, die sich gar nicht durchführen ließen, um dann nachher kleinlaut nachzugeben: der Schade war aber getan (S. 19–23; 180–181; 240–241). Wie Eckert mit Recht bemerkt, mußte das Gefühl der Volksgemeinschaft bei solcher Diskriminierung sozialistischer Gesinnung leiden, aber nicht nur auf seiten der Verfolgten! Wenn der »Volksfreund« jetzt erklärte, daß der Liberalismus keine Zukunft mehr habe und daß es sich jetzt nur noch um einen Endkampf zwischen Reaktion und sozialdemokratischem Fortschritt handeln könne (S. 18), so war damit eine, vielleicht in ihrer Zeit unberechtigte, Parole Lassalles zeitgemäß angewandt.

Der Spaltungsprozeß innerhalb der bürgerlichen Parteien, der nicht gerade durch das Sozialistengesetz bedingt war, hat keine wahren Früchte für ein positiveres Verhältnis der Linksliberalen zur Sozialdemokratie getragen. Wohl haben bei den Stadtverordnetenwahlen viele Sozialdemokraten der Parteiparole zuwider einen freisinnigen Kandidaten unterstützt und haben auch manche Freisinnigen sich bei den Stichwahlen des Jahres 1884 für den Sozialdemokraten Blos entschieden, aber zu einem offenen und vertrauensvollen Bündnis kam es nicht und konnte es nicht kommen. Bezeichnend ist, daß die Nationalliberalen es für tunlich hielten, für ihren Kandidaten Kulemann in den Kreisen der Freisinnigen durch unsinnige Verdächtigungen der Sozialdemokratie zu wirken. So ein Ton hätte in den Tagen des Nobiling-Schreckens irgendwie natürlich gewirkt, war aber bei der ruhigeren Stimmung des Jahres 1884 beinahe lächerlich (S. 169 bis 171). Jedenfalls hat die freisinnige Partei die Protestabstimmung ihrer Anhänger bedauert (S. 177).

Die Haltung der Braunschweiger Bürokratie gibt nicht die geringsten Anzeichen weder von liberaler Tendenz noch von Wahrung einer politischen Unabhängigkeit. Die Anweisungen aus Berlin – und noch vor Annahme des Gesetzes im Deutschen Reichstag – werden auf Grund des preußischen Musters bereitwillig und gewissenhaft befolgt. Vom Braunschweigischen Staatsministerium ergeht schon am 20. Juni 1878 eine Anweisung an die Polizeidirektion, der sozialdemokratischen Agitation »bis an die äußerste Grenze des gesetzlich Zulässigen entgegenzutreten« (S. 180). Über die sozialdemokratischen Organisationen wird nach Berlin auf das genaueste berichtet. Das Verbot des »demokratischen Wahlvereins« wird anempfohlen, obwohl für solches Verbot sich keine rechtlichen Anhaltspunkte bieten lassen, und zwar mit der merkwürdigen Begründung, »daß der Verein mindestens bis zu ziemlich weiter Grenze mit der Sozialdemokratie gehen werde« (S. 193). Genauso steht es mit der Empfehlung, die Gewerkgewerkschaft der Metallarbeiter zu verbieten. Im statutenmäßigen Zweck steht nichts geschrieben, was Anhalt zu einem Verbot geben konnte;

»zur Verurteilung hat die Tätigkeit der Gewerkschaft hier seither nicht Anlaß gegeben«, aber die Tatsache, daß die Leiter und Mitglieder Sozialdemokraten sind, genügt; daher: »Die Metallarbeitergewerkschaft . . . dient gemeingefährlichen soc. demokratischen Bestrebungen und würde zu verbieten sein« (S. 195). Der deutsche Rechtsstaat konnte die Belastung durch die Sozialdemokratie anscheinend nicht ertragen: ein schlechtes Zeugnis für die Festigkeit der Grundlagen, auf denen Bismarck gebaut hat. Als Wilhelm Bracke an die Reichskommission nach Berlin Beschwerde über das Verbot des »Volkskalenders für das Jahr 1878« einlegte, hegte er nicht die geringste Hoffnung auf gerechte Erledigung seiner Sache. So schließt er denn seine Eingabe mit den Worten: »Ich erhebe Beschwerde, weil eine Zeit kommen wird, wo alle Welt darin einig ist, nicht allein das Gesetz, sondern auch die eigenthümliche Handhabung desselben zu verdammen. Für die Zukunft und für die Geschichte könnten die Entscheidungen der Reichskommission einmal von Wert sein« (S. 236).

Es muß sich uns die Frage aufdrängen: Warum ist es der verfolgten Bewegung nicht gelungen, die öffentliche Meinung aufzurütteln, den Rechtsbruch vom Rechtsboden her anzugreifen; selbst bei ungünstigen Urteilen wenigstens moralische Siege zu erringen? Warum hat sich nichts von Lassalles Verteidigungstechnik auf die Bewegung übertragen? Es war doch auch der Staatsanwalt Schelling kein Neuling in der Verfolgungskunst!

Wenn man die Dokumente des vorliegenden Bandes verfolgt, so kommt man zu zwei sich ergänzenden Schlüssen: Einmal war die innere Hochachtung vor dem geeinten Reich eine so ganz andere Potenz als der mehr mechanische Gehorsam dem preußischen Staat gegenüber; diese Hochachtung stärkte die Autorität der Bürokratie und lähmte dementsprechend das demokratische Selbstbewußtsein. Zum anderen lehrte das neue Klassenbewußtsein, daß der Klassenstaat gar nicht anders könne, als Klassenrecht zu handhaben. Jedem Widerstand kam daher nur Agitationswert zu, und zwar nur der Arbeiterklasse gegenüber. Die Agitation unter Kleinbürgern schien nur noch berechtigt, weil diese Kleinbürger morgen ja Proletarier sein würden. Schon der Leipziger Hochverratsprozeß des Jahres 1872 war im Geist sozialdemokratischer Resignation geführt worden und ist deshalb so ganz unberechtigerweise aus der geschichtlichen Erinnerung des deutschen Volkes verschwunden. Man hätte dem alten Lassalleaner Bracke noch etwas von der politischen Selbstsicherheit seines Meisters gewünscht: Er war doch wohl einer der wenigen, die das geistige Rüstzeug für solchen Kampf besaßen und auch geldlich unabhängig genug waren, so etwas wagen zu können. Die von Eckert veröffentlichten Quellen sind gerade für die Zeit nach 1885 besonders wichtig. Sie beleuchten den Strukturwandel der Partei, das Wachsen der Gewerkschaften, den wachsenden Einfluß der Ausgewiesenen, die Spitzeltätigkeit, das Eindringen – tatsächlich oder vermeint – der sozialistischen Agitation in das Heer, das Überhandnehmen der Resignation gegenüber der sichtlichen Erstarkung der Partei und ihrer Hilfsorgane; sie enden mit den etwas

merkwürdig anmutenden Vorsichtsmaßnahmen des Militärs vor Ablauf des Ausnahmegesetzes und der ersten Maifeier (S. 291–293; 320–332). Doch soll der geschichtlichen Darstellung Eckerts in dem noch ausstehenden zweiten Band nicht vorgegriffen werden.

Vor Abschluß unserer Betrachtung des Braunschweiger Modells lohnt es sich aber noch, auch ein wenig ein persönliches Moment zu beachten, gemeint ist die besondere Note, die ein eigenwilliger Mensch wie Samuel Kokosky in den Gesellschaftskampf hineingetragen hat. Er war es, der dem »Unterhaltungsblatt« eine legale Existenz sicherte und es trotzdem zu einem Brennpunkt demokratischer Agitation ausbaute. Im Jahre 1885 hatte er seine Rolle fast ausgespielt. Durch den rein proletarischen Geist, der sowohl schlagkräftiger wie auch reformistischer war (S. 266–269), wurde Kokosky in den Hintergrund gedrängt. Seine letzte Agitationstat ist aber so eigentümlich, daß ihrer gedacht werden soll, weil sie eine Periode in der Entwicklung der Sozialdemokratie charakterisiert. In einer Zeit, als die neuerwachten Gewerkschaften über Stellungnahme zu Bismarcks Sozialpolitik debattierten und zur Organisation des Kassenwesens schritten (wobei die ersten reformistischen Züge der Gewerkschaftsbewegung zutage traten [S. 130–137; 143–147]), ließ Kokosky in 12 000 Exemplaren eine Broschüre »Zur Lutherfeier« verbreiten. Der Anlaß war das Redeverbot für Wilhelm Liebknecht, der zu einer Lutherfeier auf Einladung »hiesiger Bürger« nach Braunschweig kommen sollte (S. 153–158); Kokoskys Manifest ist eine würdige Verteidigung demokratischer Freiheiten und Anprangerung der Hohlheit von Lutherfeiern in einem Volk, das bereitwillig unter dem Sozialistengesetz lebt. Redefreiheit und Mut der freien Rede sind das Leitmotiv der Broschüre; Demokratie und Sozialdemokratie werden in ihr auf die natürlichste Weise gleichgesetzt. Schade nur, daß diese Auffassung von Sozialdemokratie in der Partei selbst im Rückgang war, wie nicht nur die Ablösung Kokoskys durch eine ganz andere Art von Führung bezeugt, sondern auch die parallele Ablösung des alten Wilhelm Liebknecht durch junge Funktionäre.

Man hat einmal das Schlagwort von der »Tragödie des deutschen Liberalismus« geprägt und gemeint, die Tragödie bestehe darin, daß es der liberalen Bewegung nie gelungen sei, kräftige und lebensfähige Organisationen zu erzeugen; man hat wohl auch gemeint, daß es zum Charakter der liberalen Idee gehöre, die Einzelpersonlichkeit und nicht die Organisation zu schätzen. Wie dem auch sei: sicher ist, daß der Liberalismus keine organisatorische Tradition aufzuweisen hat, die sich irgendwie mit der der katholischen und sozialistischen Bewegung vergleichen ließe. So ist denn auch zu bezweifeln, ob es jemals eine Forschung der liberalen Bewegung und besonders in der »unteren, lokalen Ebene« geben wird, die sich der sozialistischen wird zur Seite stellen können. Dieses Erbe hat nun die Forschung der Arbeiterbewegung zu übernehmen: die klassische Sozialdemokratie kann nur verständlich werden im Rahmen einer weitgespannten Gesellschaftsforschung, und die Beschreibung der Sozialdemokratie wird erst

dann zu ganzer geschichtlicher Bedeutung kommen, wenn sie zur Erhellung der Gesellschaftskrisen des Bismarckreiches beitragen wird.

Sozialgeschichte des Bismarckreiches ist nicht nur Geschichte der sozialen Frage und sicher nicht nur statistische Erfassung der Klassenverhältnisse, sondern vor allem der Gesellschaftskampf, der, von lebenden Menschen getragen, deren Überzeugungen, Vorstellungen wie Vorurteile zum Ausdruck bringt. Georg Eckerts Arbeit ist ein Baustein zu einer weitgespannten Sozialgeschichte des Bismarckreiches, deren Fehlen der heutigen Generation mehr zum Bewußtsein kommen muß als einer Generation, der das Bismarckreich selbstverständliches Lebenselement war.

Shlomo Na'aman

SCHRIFTTUM

- Bernstein, Eduard: *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung, ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*. 1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Berlin 1907. 2. Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes, Berlin 1907.
- Böttcher, Ulrich: *Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890*, Bremen 1953.
- Eckert, Georg: *Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung*. Unveröffentlichte Bracke-Briefe, Braunschweig 1955.
- Eckert, Georg: *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz*. 1. Teil (1878–1884), Braunschweig 1961.
- Eckert, Georg: *Die Flugschriften der lassalleanischen Gemeinde in Braunschweig*, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band II, Hannover 1962.
- Eckert, Georg: *Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweiger Arbeiterbewegung*, Braunschweig 1957.
- Eckert, Georg: *Zur Geschichte der Braunschweiger Sektion der 1. Internationale*, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Band 43. Braunschweig 1962.
- Hellfaier, Karl Alexander: *Die sozialdemokratische Bewegung in Halle (Saale)*, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 1, Hannover 1961.
- Gärtner, Georg: *Die Nürnberger Arbeiterbewegung, 1868–1908*, Nürnberg o. J.
- Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung, die*, Breslau 1915.
- Gründung der deutschen Sozialdemokratie, die*, Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903, Leipzig.
- Laufenberg, H.: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend*, Bd. 1. *Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872*. Neu herausgegeben von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin 1960.
- Leonard, Heinrich: *Wilhelm Bracke. Leben und Wirken*, Braunschweig 1930.
- Michels, Robert: *Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung*, in: Archiv für Soz.-Wissensch. und Soz.-Pol. Band 23/2, 1906.
- Müller, Hans: *Der Klassenkampf in der Sozialdemokratie*, 1892.
- Sell, Friedrich C.: *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, [Stuttgart 1953].
- Wendel, Hermann: *Frankfurt am Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben*, Frankfurt 1910.